

Antrag der Fraktion der FDP**Weichen stellen für die Öffnung des Lehramtsreferendariats –
Ausbildung auch in einem Fach ermöglichen!**

In einem offenen Brief äußerten sich angehende Referendarinnen und Referendare mit dem Fach Philosophie kritisch gegenüber der Bildungsbehörde, da sie trotz erheblichen Lehrkräftemangels keinen Referendariats-Platz zum 1. August in Bremen erhielten. Sie verließen sich auf die Aussage der Bildungssenatorin Sascha Aulepp, sie werde keinen Referendar in Bremen ziehen lassen.

Doch in der Beantwortung einer Berichtsbitte der Fraktion der FDP, die der staatlichen Bildungsdeputation zum 3. September 2024 vorlag, bestätigt das Bildungsressort, dass 25 Bewerberinnen und Bewerber für den Einstellungstermin zum 1. August 2024 abgelehnt wurden. Die Bildungsbehörde begründet die Ablehnung mit der Fächerwahl der Bewerberinnen und Bewerber, denn sie alle studierten Philosophie, jedoch bestünden keine freien Kapazitäten, da Philosophie kein Pflichtfach sei. Dabei studierten viele unter ihnen als weiteres Fach Hauptfächer wie Mathematik oder Deutsch.

Die abgelehnten Referendarinnen und Referendare kritisieren zudem, dass die Bildungsbehörde zwar bei Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern, die im Programm „Back to School“ nur ein Fach statt der obligatorischen zwei Fächer unterrichten, Flexibilität zeige, bei ihnen jedoch nicht. Dabei würden sie Abstriche in Kauf nehmen und das Referendariat in ihrem weiteren Fach absolvieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. einen Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Gesetzes zur Regelung der Zulassungsbeschränkung zum Vorbereitungsdienst im Lande Bremen in die Bürgerschaft (Landtag) einzubringen, der in § 8 (1) eine Aufnahme von Bewerberinnen und Bewerbern in den Vorbereitungsdienst ermöglicht, für die, falls ihnen kein Ausbildungsplatz in allen Unterrichtsfächern zur Verfügung steht, die Ausbildung in einem Unterrichtsfach ermöglicht wird.

2. einen Entwurf zur Neuregelung der Ausbildungs-, Prüfungs- und Qualifizierungsverordnung für Lehrämter und Lehrbefähigungen in einem Fach (APQV-L) in die Bürgerschaft (Landtag) einzubringen, der in § 2 (3)
 - a) darlegt, dass die Ausbildung in einem Lehramt in Bildungswissenschaften und in mindestens einem Fach erfolgen kann, wenn eine Ausbildung in allen Fächern nicht ermöglicht werden kann;
 - b) unter 2. explizit verdeutlicht wird, dass im Lehramt an Gymnasien/Oberschulen die Ausbildung in einem Unterrichtsfach ermöglicht wird, wenn eine Ausbildung in allen Fächern nicht ermöglicht werden kann.
3. sich dafür einzusetzen, dass alle geeigneten Referendariats-Bewerberinnen und -Bewerber einen Ausbildungsplatz in Bremen und Bremerhaven erhalten, um zu erzielen, zukünftig ausreichend Lehrkräfte für die Schulen des Landes Bremen zu gewinnen.
4. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung innerhalb von sechs Monaten einen Bericht zu erstatten, in welcher Form und mit einem Zeitplan hinterlegt, die Beschlusspunkte umgesetzt werden können.

Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP